

Schleswig-Holsteinischer Landtag  
Ausschussdienst und Stenografischer Dienst

# **N i e d e r s c h r i f t**

## **Bildungsausschuss**

18. WP - 29. Sitzung

am Donnerstag, dem 13. November 2013, 14 Uhr,  
in Sitzungszimmer 139 des Landtags

### **Anwesende Abgeordnete**

Anke Erdmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Vorsitzende

Heike Franzen (CDU)

Daniel Günther (CDU)

Martin Habersaat (SPD)

Beate Raudies (SPD)

Kai Vogel (SPD)

Ines Strehlau (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Anita Klahn (FDP)

Sven Krümbeck (PIRATEN)

Jette Waldinger-Thiering (SSW)

### **Weitere Abgeordnete**

Tobias von Pein (SPD)

### **Fehlende Abgeordnete**

Heiner Rickers (CDU)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

<b>Tagesordnung:</b>	<b>Seite</b>
<b>1. Bericht der Landesregierung zur Zukunft der Weiterbildungsverbände und zu den Modalitäten der zukünftigen Förderung aus EU-Mitteln</b>	<b>4</b>
Berichts Antrag der Fraktion der CDU <a href="#">Umdruck 18/1927</a>	
<b>2. Beschlussfassung über den Kreis der Anzuhörenden für die Anhörung zum Gesetzentwurf der Landesregierung zur Änderung des Schulgesetzes (<a href="#">Drucksache 18/1124</a>) und zur Neuordnung der Ersatzschulfinanzierung (Artikel 6 des Haushaltsbegleitgesetzes, <a href="#">Drucksache 18/942</a>) am 28. November 2013</b>	<b>7</b>
<b>3. Bericht des Bildungsministeriums über Englisch in der Grundschule</b>	<b>8</b>
<a href="#">Umdruck 18/1968</a>	
<b>4. Besoldungsrechtliche Einstufung der Funktionsstellen an Förderzentren</b>	<b>9</b>
Schreiben des Petitionsausschusses <a href="#">Umdruck 18/1907</a>	
<b>5. Verschiedenes</b>	<b>10</b>

Die Vorsitzende, Abg. Erdmann, eröffnet die Sitzung um 14:05 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

**Bericht der Landesregierung zur Zukunft der Weiterbildungsverbände  
und zu den Modalitäten der zukünftigen Förderung aus EU-Mitteln**

Berichts Antrag der Fraktion der CDU

**Umdruck 18/1927**

(vergleiche 19. Sitzung am 23. Mai 2013)

Herr Müller-Beck, Staatssekretär im Ministerium für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie, führt aus, man sei dabei, nach der Veränderung der Rahmenbedingungen (neue EU-Förderperiode, Evaluierung) eine Weiterbildungsstrategie zu formulieren, bei der es um Weiterbildungsberatung, -beteiligung, -infrastruktur und -vernetzung gehe. Die Höhe der Landesmittel für den Bereich Weiterbildung bleibe stabil. Auf Antrag der Weiterbildungsverbände könnten laufende Projekte mit nicht abgerufenen Mitteln bis Ende 2014 weiter gefördert werden, um Kompetenzen zu erhalten und den Aufbau neuer Strukturen zu unterstützen. Sieben von zehn Trägern hätten eine Verlängerung beantragt. Am 4. Dezember 2013 finde eine Weiterbildungskonferenz mit den Akteuren der Weiterbildungsbranche statt. Anfang März 2014 wolle man die Ergebnisse zusammenführen, um für die nächste Förderperiode einen konzeptionellen Rahmen zu haben.

Abg. Günther kritisiert, dass der Bericht des Staatssekretärs gegenüber dem Bericht im Mai nichts Neues enthalte und die Regierung erst im Dezember in einen Dialog mit den Betroffenen eintreten wolle, deren Zukunft ungewiss bleibe. Er möchte wissen, inwieweit die Weiterbildungsverbände nicht auch in Zukunft durch Mittel der Europäischen Union gefördert werden könnten.

Abg. Waldinger-Thiering begrüßt, dass die Betroffenen durch eine Übergangslösung eine Perspektive erhielten und Kompetenzen nicht verloren gingen. Abg. Strehlau begrüßt, dass die Weiterbildungsverbände in den Dialog eingebunden würden.

Abg. Pein fragt, wann das neue Konzept starte.

Abg. Franzen problematisiert die Lage der Betroffenen und setzt sich dafür ein, die bestehenden Netzwerke fortzuführen.

Staatssekretär Müller-Beck bekräftigt das Ziel, möglichst schnell zu Beginn des Jahres 2014 Klarheit über die Instrumente zur Stärkung der Weiterbildung zu schaffen. Nach den Vorgaben der EU für die neue Förderperiode sei eine Förderung der Infrastruktur (Weiterbildaungsverbände) nicht mehr möglich. Man sei in Gesprächen mit den 20 großen Weiterbildungsunternehmen im Lande (eine genaue Auflistung werde er dem Ausschuss nachreichen) darüber, welche Vernetzungsstruktur erforderlich sei und wie sie finanziert werden solle. Die Etablierung einer Cluster- und Netzwerkförderung als zentrale Einheit bedürfe eines eigenen Beitrags der Weiterbildungsunternehmen. Den im Weiterbildungsbereich Beschäftigten eröffne man weitere Beschäftigungsmöglichkeiten. Der Veränderungsbedarf ergebe sich auch aus dem Verhalten der Menschen, die sich zu 98 % nicht von den Verbänden beraten ließen.

Abg. Franzen fragt, ob die Weiterbildaungsverbände in Zukunft durch ESF-Mittel gefördert werden könnten und wie die Landesregierung die Beratungsquote steigern wolle.

Abg. Pein legt Wert darauf, dass der Dialog offen angelegt sei und sich die jetzt bei den Weiterbildaungsverbänden beschäftigten Personen auf die neuen Strukturen bewerben könnten.

Staatssekretär Müller-Beck verweist noch einmal auf die Vorgabe der EU, zielgerichtet kleine und mittlere Unternehmen zu unterstützen und Fachkräfte betriebsspezifisch weiterzubilden.

Abg. Günther bittet den Staatssekretär, die bis Ende 2014 beabsichtigte Übergangslösung mit ihren Auswirkungen auf die Beschäftigten und die Aufgabenwahrnehmung näher zu erläutern.

Auf weitere Fragen aus dem Ausschuss macht Staatssekretär Müller-Beck noch einmal deutlich, er gehe davon aus, dass mit der von sieben von zehn Trägern beantragten Laufzeitverlängerung und den aus nicht verbrauchten Haushaltsmitteln zusätzlich bereitgestellten Mitteln eine Finanzierung sichergestellt werden könne, die unter den veränderten Rahmenbedingungen einen Übergang ermögliche. Man gebe zusätzliche Gelder in die Struktur, um im Dialog notwendige Anpassungsprozesse zu ermöglichen. Die Richtlinien für die zukünftige Förderung der Weiterbildung, die man stärken wolle, würden erarbeitet.

Abg. Klahn fragt, ob alle Weiterbildaungsverbände einen Antrag auf Laufzeitverlängerung stellen könnten, inwieweit Weiterbildaungsunternehmen einen Eigenanteil aufbringen könnten und welche Kriterien der zukünftigen Förderung zugrunde gelegt würden.

Nach Auffassung von Staatssekretär Müller-Beck können gemeinsam finanzierte Projekte eine größere Dynamik entfalten. Er könne sich einen Eigenanteil der Projektträger von 30 % vorstellen.

Der Bildungsausschuss bittet die Landesregierung, ihn schriftlich und rechtzeitig vor der Weiterbildungskonferenz am 4. Dezember über die Zukunft der Weiterbildung in Schleswig-Holstein inklusive deren Finanzierung zu unterrichten und die im Ausschuss gestellten Fragen zu beantworten.

Punkt 2 der Tagesordnung:

**Beschlussfassung über den Kreis der Anzuhörenden für die Anhörung zum Gesetzentwurf der Landesregierung zur Änderung des Schulgesetzes ([Drucksache 18/1124](#)) und zur Neuordnung der Ersatzschulfinanzierung (Artikel 6 des Haushaltsbegleitgesetzes, [Drucksache 18/942](#)) am 28. November 2013**

hierzu: [Umdruck 18/2008](#)

Der Bildungsausschuss legt den Kreis der Anzuhörenden für die ganztägige Anhörung zur Änderung des Schulgesetzes am 28. November 2013 fest ([Umdruck 18/2008](#) und zwei weitere Privatschulen).

Punkt 3 der Tagesordnung:

**Bericht des Bildungsministeriums über Englisch in der Grundschule**

[Umdruck 18/1968](#)

Der Ausschuss nimmt den von Bildungsstaatssekretär Loßack vorgestellten Bericht [Umdruck 18/1968](#) zur Kenntnis. Das Thema soll weiter beraten werden, wenn der auf Antrag der FDP-Fraktion ([Drucksache 18/1140](#)) dem Landtag gegebene Bericht dem Ausschuss überwiesen worden ist.



Punkt 4 der Tagesordnung:

### **Besoldungsrechtliche Einstufung der Funktionsstellen an Förderzentren**

Schreiben des Petitionsausschusses

[Umdruck 18/1907](#)

Abg. Raudies erinnert daran, dass sich die Berechnung der Besoldung für Funktionsstellen grundsätzlich an der Schülerzahl orientiere. Die Zahl der Schülerinnen und Schüler an den Förderzentren nehme mit zunehmender Integration von Schülerinnen und Schülern mit sonderpädagogischem Förderbedarf im gemeinsamen Unterricht der Regelschulen und insbesondere vermehrter Prävention erheblich ab. Für die Besoldung würden die Integrationskinder zur Hälfte und die Präventionsmaßnahmen gar nicht angerechnet. Daher fordere der Verband Bildung und Erziehung, die Besoldung der Funktionsstelleninhaber in Förderzentren zeitnah angemessen zu regeln und von der Zahl der Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf zu entkoppeln.

Bildungsstaatssekretär Loßack macht darauf aufmerksam, dass noch kein Funktionsstelleninhaber in Förderzentren besoldungsmäßig herabgestuft worden sei, weil die Mindestschülerzahl unterschritten worden sei. Bei Neubesetzungen werde allerdings für die Besoldungsrechnung die aktuelle Schülerzahl zugrunde gelegt. Bevor man die besoldungsrechtliche Frage angehe, wolle man die Rolle der Förderzentren klären.

Abg. Franzen hält es für notwendig, dass sich der Bildungsausschuss vor dem Hintergrund sinkender Schülerzahlen generell mit der Frage befasse, welche Auswirkungen ein Unterschreiten der Mindestschülerzahlen an einer Schule für die Funktionsstelleninhaber habe (Stichwort: Besitzstandswahrung). Eine Absenkung der Gehälter für besondere und Führungsaufgaben sei kein gutes Signal, um den Lehrerberuf attraktiv zu halten und engagierte, qualifizierte junge Lehrkräfte zu gewinnen.

Nach Auffassung von Abg. Habersaat konterkariert das geltende Besoldungsrecht das Ziel von möglichst viel Inklusion und Prävention, weil sich erfolgreiche Förderzentren ins eigene Fleisch schnitten. Daher müsse diese Frage dringend auf die Tagesordnung gesetzt werden.

Der Bildungsausschuss kann das Anliegen der Petition nachvollziehen und will sich im ersten Halbjahr 2014 im Zusammenhang mit dem Thema Inklusion und Zukunft der Förderzentren auch mit der besoldungsrechtlichen Problematik auseinandersetzen.

Punkt 5 der Tagesordnung:

### **Verschiedenes**

Die Vorsitzende bittet die Fraktionen, sich bis Ende November zu ihrem Vorschlag zur künftigen Gestaltung des Berichts zur Unterrichtssituation zu äußern.

Die Vorsitzende, Abg. Erdmann, schließt die Sitzung um 15:25 Uhr.

gez. Anke Erdmann

Vorsitzende

gez. Ole Schmidt

Geschäfts- und Protokollführer